



Grevenbroich, den 17.01.2024

Niederschrift öffentlich Rat der Stadt Grevenbroich

Sitzungsnummer: Rat/25/10.
Sitzungsdatum: 20.12.2023
Sitzungsort: Am Markt 3, Bernardushaus - Bernardussaal, 41515 Grevenbroich
Sitzungsdauer: 18:39 Uhr bis 21:12 Uhr

Anwesenheitsliste:

Name	Fraktion	Bemerkung
Ratsmitglieder der SPD-Fraktion		
Frau Sevda Alms		SPD
Frau Mona Bergs	SPD	
Herr Philipp Bolz	SPD	
Herr Dominik Brandt	SPD	
Herr Reinhold Chlebosch	SPD	
Herr Ceylan Er	SPD	
Frau Birgit Fiona Gericke	SPD	
Herr Stephan Grevel	SPD	
Herr Jürgen Linges	SPD	
Herr Martin Marquardt	SPD	
Herr Wolfgang Norf	SPD	
Frau Gina Penz	SPD	
Herr Daniel Rinkert	SPD	
Herr André Thalmann	SPD	
Ratsmitglieder der CDU-Fraktion		
Herr Ralf Cremers		CDU
Herr André Dresen	CDU	
Herr Markus Erhardt	CDU	
Herr Mirko Gössing	CDU	
Herr Holger Günther	CDU	
Herr André Heister	CDU	
Herr Wolfgang Kaiser	CDU	
Frau Sabrina Nevermann	CDU	



Herr Achim Pfeiffer	CDU
Frau Heike Troles	CDU
Herr René Ueckert	CDU
Frau Susanne Wasen	CDU
Herr Ewald Wörmann	CDU

Ratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rebecca Borgwardt	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Herr Tobias Freitag	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Herr Dr. Peter Gehrman	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Herr Dirk Schimanski	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Frau Renate Steiner	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Ratsmitglieder der FDP-Fraktion

Frau Margot Becker		FDP
Herr Steffen Büttgenbach	FDP	
Herr Dr. Peter Cremerius	FDP	

Ratsmitglieder der Fraktion Mein Grevenbroich

Herr Fred Leven		Mein Grevenbroich
Frau Ulrike Oberbach	Mein Grevenbroich	
Frau Martina Suermann-Igné	Mein Grevenbroich	

Ratsmitglieder der UWG-Fraktion

Herr Rolf Göckmann		UWG
Herr Leo Oehmen	UWG	
Herr Hubert Rütten	UWG	

Ratsmitglied

Frau Beate Schmidt-Härten	parteilos
---------------------------	-----------

Ratsmitglied der AfD

Herr Christoph Hubert Welskop	AfD
-------------------------------	-----

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Walter Rogel	DIE LINKE
-------------------	-----------

Von der Verwaltung:

Herr Klaus Krützen	Bürgermeister
Herr Michael Heesch	Erster Beigeordneter
Herr Florian Herpel	Beigeordneter
Herr Arno Jansen	Beigeordneter
Herr Frank Möller	Kämmerer

Vertreter/-innen der städt. Beteiligungen:

Herr Wilfried Wißdorf	SEG
Frau Monika Stirken-Hohmann	Vorständin SBG AöR
Frau Kristiane von dem Bussche	GFWS

Schriftführer:

Herr Sascha Voigt

stv. Schriftführer

Nicht anwesend sind:**Ratsmitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Edmund Feuster

SPD

Herr Gunter Schillings

SPD

Ratsmitglieder der CDU-Fraktion

Herr Thorsten Schellenberg

CDU

Herr Christoph Schiffer

CDU

Ratsmitglieder der FDP-Fraktion

Herr Markus Schumacher

FDP

Ratsmitglied GGV

Herr Dirk Heyartz

Grevenbroich Gemeinsam Verändern

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil	7
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	7
2. Dringlichkeitsentscheidungen liegen nicht vor.	7
3. Mittelbereitstellungen liegen nicht vor.	7
4. Neubau Lager- und Funktionshalle an der Feuerwache St.-Florian-Straße	7
5. Vertretung der Stadt in wirtschaftlichen Unternehmen und in Gremien Dritter hier: Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH - Umsetzung in der Gesellschafterversammlung	8
6. Gebührenbedarfsberechnung für die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren 2024 24. Änderung der Satzung der Stadt Grevenbroich über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren vom 22.12.1993	9
7. Gebührenbedarfsberechnung der Straßenreinigungsgebühren 2024 und Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)	9
8. Ernennung des Oberbrandrates Udo Lennartz zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Grevenbroich	10
9. Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen	10
10. Aufstockung der Obdachlosenunterkunft an der Ringstraße	11
11. Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2022	12
12. Antrag nach § 24 GO - örtl. Verbrauchssteuer für Einweg-Takeaway-Verpackungen	12
13. Hallenbad Neukirchen	12
14. Einbringung Haushalt 2024 a) Rede des Bürgermeisters b) Rede des Kämmers	13
15. Beratungspunkte Ausschüsse	13
15.1. Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Mobilität	13
15.1.1. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. G 235 "Zwischen Gerberstraße und Erft" – Ortsteil Stadtmitte hier: a) Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweise b) Abwägung der im Rahmen der Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweise c) Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 BauGB	13
15.1.2. Handlungsprogramm "Nachhaltige Stadtplanung"	14
15.2. Entscheidung über Beratungspunkte aus dem Schulausschuss	15
15.2.1. Namensgebung der 3. Gesamtschule Grevenbroich	15
15.3. Entscheidung über Beratungspunkte aus dem Betriebsausschuss Abwasseranlagen	15
15.3.1. Neuberechnung der Entwässerungsgebühren 2021 für die form- und fristgerecht erhobenen Widersprüche	15
15.3.2. Neuberechnung der Gebühr 2022 für die form- und fristgerecht erhobenen Widersprüche	16

15.3.3.	Abwassergebührenkalkulation 2024	16
15.3.4.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasseranlagen für das Jahr 2024	17
15.4.	Entscheidung über Beratungspunkte aus dem Jugendhilfeausschuss	17
15.4.1.	Kitabedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025	17
16.	Beantwortung Anträge und Anfragen aus den letzten Sitzungen	18
16.1.	"Runder Tisch Hülchrath" zur Ermöglichung gesellschaftlichen Lebens im historisch bedeutsamen Ort Hülchrath einrichten (Antrag Nr.: 68/2023)	18
16.2.	Mehr Kontrolle und Sensibilisierung der Bevölkerung in Hülchrath erforderlich (Antrag Nr.:67/2023) hier: Beantwortung	18
16.3.	Sicherstellung der zukünftigen Kirmessen in den kleineren Stadtteilen (Antrag Nr.: 69/2023)	18
16.4.	Fraktionsvorsitz als Doppelspitze (Anfrage Nr.:63/2023)	18
16.5.	Digitale Anzeigen an Bushaltestellen (Antrag Nr.: 71/2023)	18
17.	Schriftliche Anträge	19
17.1.	Anträge der SPD-Fraktion liegen nicht vor.	19
17.2.	Anträge der CDU-Fraktion liegen nicht vor.	19
17.3.	Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19
17.3.1.	Klimaschutzpreis (Antrag Nr.:84/2023)	19
17.3.2.	Glasfaserverkabelung (Antrag Nr.:85/2023)	19
17.3.3.	Umbesetzung (Antrag Nr.:86/2023)	19
17.4.	Anträge der FDP-Fraktion	19
17.4.1.	NRW-Europa-Scheck Mittel in und für Grevenbroich nutzen (Antrag Nr.:81/2023)	19
17.4.2.	Hebräische Erweiterung der Beschilderung des Synagogenplatzes in der Stadtmitte (Antrag Nr.:82/2023)	19
17.5.	Anträge der Fraktion Mein Grevenbroich liegen nicht vor.	20
17.6.	Anträge der UWG-Fraktion liegen nicht vor.	20
18.	Gemeinschaftsanträge	20
18.1.	Wahl eines Behindertenbeauftragten (Antrag Nr.:88/2023)	20
18.2.	Planungswerkstatt- neue Perspektiven für Grevenbroich (Antrag Nr.:89/2023)	21
19.	Schriftliche Anfragen	21
19.1.	Anfragen der SPD-Fraktion liegen nicht vor.	21
19.2.	Anfragen der CDU-Fraktion liegen nicht vor.	21
19.3.	Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegen nicht vor.	21
19.4.	Anfragen der FDP-Fraktion	21
19.4.1.	Sachstand zur möglichen Zusammenführung der Feuerwehrstandorte Neukirchen und Hülchrath/Münchrath (Anfrage Nr.:83/2023)	21
19.5.	Anfragen der Fraktion Mein Grevenbroich liegen nicht vor.	21
19.6.	Anfragen der UWG-Fraktion liegen nicht vor.	21
19.7.	Anfragen Einzelratsmitglieder	21

19.7.1.	Aufnahme von Geflüchteten (Anfrage Nr.:87/2023)	21
20.	Mitteilungen des Bürgermeisters	22

Protokollierung:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

BM Krützen eröffnet die Ratssitzung um 18.39 Uhr und gratuliert zunächst den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

Der 2. stellv. BM Dr. Cremerius gratuliert Bürgermeister Krützen zu seinem Geburtstag.

Rf Suermann-Ignè beantragt, die Tagesordnung dahingehend zu erweitern, dass der Rat die Resolution zum Erhalt des Elisabeth-Krankenhauses erneuert.

BM Krützen wird den Punkt unter Mitteilungen des Bürgermeisters aufrufen.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Die Tagesordnung wird um die Erneuerung der Resolution zum Erhalt des Elisabethkrankenhauses erweitert.

2. **Dringlichkeitsentscheidungen** liegen nicht vor.

3. **Mittelbereitstellungen** liegen nicht vor.

4. **Neubau Lager- und Funktionshalle an der Feuerwache St.-Florian-Straße**

Der 2. stellv. BM Dr. Cremerius sieht die Notwendigkeit zur Errichtung einer neuen Lagerhalle, möchte aber wissen, warum der Kostenansatz für diese Halle sich innerhalb eines Jahres nahezu verdoppelt hat.

Bg Jansen bestätigt den Hinweis von BM Krützen, dass der Ansatz von 500.000 € nur einen Platzhalter darstellte, da zum damaligen Zeitpunkt nicht einmal die genaue Ausführung der Halle festgelegt war. Mit dem heutigen Beschluss sollen zunächst einmal nur die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Die Ausführungsplanungen werden dann in der nächsten Sitzung des Feuerschutzausschusses vorgestellt.

Rh Rütten weist darauf hin, dass Erläuterungen zur Ausführung eigentlich schon im Feuerschutzausschuss hätten erfolgt sein sollen. Dies ist aber, sofern die Protokolle im Feuerschutzausschuss korrekt seien, nicht geschehen. Er hält es für problematisch, nun Mittel bereitzustellen, ohne dass man genau weiß, wofür.

Bg Jansen bekräftigt noch einmal, dass die genauen Pläne im nächsten Feuerschutzausschuss vorgestellt werden. Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass die Vorstellung der Pläne sich verzögert hat.

STK Möller ergänzt, dass dem Beschluss zur Mittelbereitstellung finanztechnische Überlegungen zugrunde liegen. Die Mittel sollen dieses Jahr noch auf das Konto der SEG überwiesen werden, da es dann noch ohne Kreditaufnahme finanziert werden kann. Damit ist keine Entscheidung in der

Sache verbunden. Wenn man die Maßnahme ablehnen würde, würde das Geld wieder in den Haushalt zurückfließen.

Rh Dresen bestätigt die Notwendigkeit zur Errichtung der Halle, die notwendig ist, um Materialien ordnungsgemäß unterzubringen. Zudem bestätigt er, dass die Protokolle im Feuerschutzausschuss selbstverständlich korrekt sind.

Rh Göckmann sieht in der heutigen Beschlussvorlage eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 452.000 €, die zunächst einmal weg sind, bevor der Ausschuss überhaupt weiß, was man dafür bekommt. Die grundsätzliche Notwendigkeit zur Errichtung der Halle sieht er ebenfalls. Er hätte nur eine andere Reihenfolge in der Beschlussfassung bevorzugt.

BM Krützen verweist nochmals darauf, dass die 500.000 € als Platzhalter eingesetzt wurden und der heutige Beschluss über 952.000 € notwendig ist, um Zinszahlungen zu vermeiden. Das Geld ist daher nicht weg, sondern es wird zweckdienlich geparkt. Dies ändert nichts daran, dass eine Entscheidung dem Feuerschutzausschuss vorbehalten ist.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 41 Enthaltung 4

Der Rat der Stadt Grevenbroich stimmt einer weiteren außerplanmäßigen Auszahlung für den Neubau einer Funktions- und Lagerhalle an der Feuerwache St.-Florian-Straße gemäß § 83 Absatz 2 Gemeindeordnung NW zu.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Auszahlungen ja

Im laufenden Haushaltsjahr:

Finanzierungsbedarf Maßnahme
452.000 EUR

Die Mittel sind etatisiert nein

Wenn nein, wie hoch ist der über-/außerplanmäßige Bedarf 452.000 EUR

Finanzierungsvorschlag und ggfls. weitere Erläuterungen:

Als Deckung werden Minderauszahlungen aus der veranschlagten Investitionsmaßnahme für den Erwerb des Nutzungsrechts an der Baugruppe raumbildende Möbel in der Coens-Galerie (200.000,00 €) und aus der Investitionsmaßnahme „Sanierung Feuerwehr Gindorf“ (252.000,00 €) genutzt.

5. Vertretung der Stadt in wirtschaftlichen Unternehmen und in Gremien Dritter hier: Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH - Umsetzung in der Gesellschafterversammlung

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich beruft Herrn Florian Herpel als Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis-Neuss mbH ab und wählt als Nachbesetzung für die restliche Dauer der Wahlperiode Frau Stirken-Hohmann.

Zudem wird das bisherige stellvertretende Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH, Herr Claus Ropertz ebenfalls abberufen. Hierfür wird Herr Fadl Abou-Khalil als Nachfolger für die restliche Dauer der Wahlperiode gewählt.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen: nein

6. **Gebührenbedarfsberechnung für die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren 2024**

24. Änderung der Satzung der Stadt Grevenbroich über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren vom 22.12.1993

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt

1. die Gebührenbedarfsberechnung für die Abfallentsorgung 2024 vom 08.12.2023 und die daraus resultierende Erhöhung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2024 (Anlage 1a u.1b) sowie
2. die 24. Änderung der Satzung der Stadt Grevenbroich über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren vom 22.12.1993 (Anlage 2).

7. **Gebührenbedarfsberechnung der Straßenreinigungsgebühren 2024 und Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)**

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt:

1. die Gebührenbedarfsberechnung der Straßenreinigungsgebühren 2024 (Anlage 1) und
2. die Satzung der Stadt Grevenbroich über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) - (Anlage 2).

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	ja
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	ja
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein
Die Mittel sind etatisiert	ja

Finanzierungsvorschlag und ggfls. weitere Erläuterungen:

Nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes sollen die Gebühren kostendeckend erhoben werden. Dies wird durch die vorliegende Satzung im Bereich der gebührenrelevanten Kostenanteile sichergestellt. Im Produkt 12021 (Straßenreinigung) sind aber auch Reinigungskosten zu Lasten des städt. Anteils aufgeführt, welche nicht auf die Frontmeter der gebührenpflichtigen Anlieger umgelegt werden können.

8. Ernennung des Oberbrandrates Udo Lennartz zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Grevenbroich

BM Krützen gratuliert Herrn Lennartz zur Ernennung.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Auf Vorschlag des Kreisbrandmeisters und nach Anhörung der Feuerwehr durch die Gemeinde beschließt der Rat der Stadt die Ernennung des Oberbrandrates Udo Lennartz zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Grevenbroich.

9. Standorte für die Unterbringung geflüchteter Menschen

BM Krützen weist auf die durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltungen hin und teilt zudem mit, dass ein Bürgerbegehren geplant ist. Die Initiatoren haben am heutigen Tag bei einem Besuch im Rathaus die für ein Bürgerbegehren notwendige Kostenschätzung erhalten. Sobald nach dem heutigen Ratsbeschluss ein Bürgerbegehren eingereicht wird, wird eine Zulässigkeitsprüfung durch einen unabhängigen Gutachter erfolgen.

Rf Schmidt-Härden beantragt, zusätzlich den nachfolgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen, der wie folgt lautet:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu Verhandlungen mit dem Land für eine kleinere ZUE von 150-180 Personen auf dem ehemaligen Lange/Walker Gelände zu verhandeln.

Sie sieht dies als Kompromissvorschlag, der zu einer geringeren Belastung führen würde und gegebenenfalls ein Bürgerbegehren verhindern könnte.

BM Krützen weist darauf hin, dass das Land einen solchen Weg vermutlich nicht mitgehen würde. Bei neu zu errichtenden ZUEs stellt eine Kapazität von 400 Personen für das Land eine Mindestgröße dar.

Rh Welskop teilt mit, dass die AfD jeden Standort für eine Flüchtlingsunterkunft in Grevenbroich ablehnt. Er ist der gleichen Meinung wie Hans-Georg Maaßen, dass ein täglicher Rechtsbruch an Deutschlands Grenzen geschieht.

Rh Kaiser verweist auf die Ausführungen in der Ratssitzung am 02.11.2023. Die CDU-Fraktion hatte dort einen alternativen Vorschlag mit dezentralen und kleineren Einrichtungen verteilt über das Stadtgebiet eingebracht. Er kritisiert die Polemik, die der CDU-Fraktion dafür entgegengebracht wurde. Er hält den Vorschlag für umsetzbar, auch wenn die Kosten höher liegen. Allerdings wisse man gar nicht genau, wieviel höher die Kosten liegen, da keine Kostenvergleiche erstellt wurden. Auch eine Einrichtung für 320 Personen, unter Berücksichtigung einer Auslastung von 80 %, empfindet er immer noch als zu groß. In anderen Städten gäbe es auch kleinere ZUEs. Dem Antrag zur Errichtung einer kleineren ZUE könne man trotzdem nicht zustimmen, da es diesem Antrag an alternativen Vorschlägen mangle.

Rh Rinkert dankt der Verwaltung für die drei durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltungen. Der Tenor in diesen Veranstaltungen sei dann im Hinblick auf den heutigen Beschluss gewesen,

dass die Errichtung einer Landeseinrichtung aus verschiedenen Gründen deutliche Vorteile bietet (Betreuung besser und durchaus auch Kostenvorteile für städtischen Haushalt). Er betont nochmals, dass es sich hierbei um die Erfüllung einer Pflichtaufgabe handelt und dankt zugleich allen, die hierzu beitragen. Er sieht einen Widerspruch, wenn die CDU-Fraktion auf der einen Seite in der Stadtmitte einen Standort mit 400 Personen befürwortet, diesen aber in Wevelinghoven ablehnt.

BM Krützen sieht den Beschlussvorschlag aus der Vorlage als weitergehend im Vergleich zu dem Antrag der Rf Schmidt-Härten. Daher reicht es aus, nur über dem Beschlussvorschlag aus der Vorlage abzustimmen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 30 Nein 15

Der Rat beschließt die Errichtung einer Zentralen Unterbringungseinheit (ZUE) als Landesaufnahmeeinrichtung mit einer Kapazität von bis zu 400 Personen auf dem Gelände „An der Untermühle“, dem ehemaligen Standort der Firma Lange/Walker. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Bezirksregierung Düsseldorf Verhandlungen aufzunehmen und dahingehend einen Vertrag zu schließen.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

10. Aufstockung der Obdachlosenunterkunft an der Ringstraße

Rh Göckmann sieht die Notwendigkeit zur Aufstockung des Obdachs, würde aber gerne wissen, ob es im Hinblick auf die nahegelegene Bahnlinie in irgendeiner Weise zu einer Lärmproblematik kommen könnte, die zum Beispiel die Errichtung einer Lärmschutzwand nach sich ziehen würde.

Die Vorständin der SBG Frau Stirken-Hohmann erläutert, dass die Planung so gestaltet ist, dass die Räumlichkeiten in Richtung Bahnlinie nicht für einen dauerhaften Aufenthalt vorgesehen sind, sodass damit keiner weiteren Immissionsschutzmaßnahmen notwendig sind.

Rf Schmidt-Härten fragt an, ob ein bei einem weiteren Stockwerk notwendiger Aufzug geplant ist. Zudem möchte sie wissen, ob Gemeinschaftsräume geplant sind und wie die finanziellen Auswirkungen sich darstellen, da dies in der Vorlage noch nicht angegeben ist.

EB Heesch teilt mit, dass mit der heute zu treffenden Grundsatzentscheidung erst die Möglichkeit gegeben wird, in eine genauere Planung einzutreten, die es dann auch erlaubt, die finanziellen Auswirkungen zu konkretisieren. Sobald genauere Pläne vorliegen, werden diese sicherlich auch noch einmal in den Sozialausschuss gegeben. Ein Aufzug wird realisiert, dieser ist laut Architekt bei einer Aufstockung notwendig.

Frau Stirken-Hohmann ergänzt, dass Gemeinschaftsräume im ersten Entwurf nicht vorgesehen waren und auch nun im zweiten Entwurf nicht vorgesehen sind.

Rf Suermann-Ignè fragt an, ob sie die Ausführungen des Herrn Heesch dahingehend richtig verstanden hat, dass es bisher keine Vorstellungen oder Hochrechnungen zu den entstehenden Kosten gibt.

EB Heesch beantwortet die Anfrage dahingehend, dass es natürlich eine Grundlage hinsichtlich der Kosten gibt, die er aber gerne noch einmal überprüfen würde, bevor man im Anschluss auf eine

solche Kosten Aussage festgelegt wird. Man könne aber grob davon ausgehen, dass die Kosten etwa um ein Drittel steigen. Geschaffen werden 17 weitere Räume.

Rf Schmidt-Härten sieht die Notwendigkeit zur Schaffung von Gemeinschaftsräumen. Sie bittet darum die Planungen dahingehend noch einmal zu überdenken.

Rh Kaiser sieht im Hinblick auf die notwendige Erweiterung des Obdachs die Aufstockung als wirtschaftlich sinnvollste Lösung. Bei allen sozialen Überlegungen müsste man allerdings auch sagen, dass man sich hier kein Hotel leisten kann. Deshalb wurden die ersten Planungen noch einmal überprüft und die Standards im zweiten Planungsentwurf reduziert. Diese Standards entsprechen aber den Vorschriften einer Landesbauordnung.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt zur Vermeidung von Obdachlosigkeit den Bau einer neuen Unterkunft an der Ringstraße. Die bereits im Fachausschuss erörterte Kapazität von 52 Plätzen wird durch die Aufstockung eines dritten Obergeschosses auf 71 Plätze erhöht. Mit der Beschlussfassung erfüllt der Rat eine kommunale Pflichtaufgabe.

11. Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses 2022

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich stellt fest, dass die Voraussetzungen zur Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses für das Jahr 2022 gem. § 116a GO NRW vorliegen und beschließt von der Möglichkeit der Befreiung Gebrauch zu machen.

Die Vorlage hat keine haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

12. Antrag nach § 24 GO - örtl. Verbrauchssteuer für Einweg-Takeaway-Verpackungen

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Hallenbad Neukirchen

Rh Büttgenbach weist darauf hin, dass hier ein Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises zugrunde lag. Fehler können passieren. Er hält es allerdings für sinnvoll, dies zum Anlass zu nehmen, zu überprüfen, was man für die Zukunft verbessern kann, um eine Wiederholung zu vermeiden.

Rh Göckmann bewertet es positiv, dass die Stadt sich hier an ihr Versprechen hält, dass damit auch die Personalkosten gedeckelt werden sollten.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt, in Ergänzung zu seinem Beschluss aus der Sitzung am 17.08.2023 die vom Verein getätigten finanziellen Vorleistungen im Zeitraum Januar bis März 2023 auch insoweit zu

erstatten, als es sich um die Kosten für das Personal und die Sozialversicherung in Höhe von 9.526,52 € handelt.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	ja
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

Im laufenden Haushaltsjahr:

Finanzierungsbedarf Maßnahme	9.526,52 EUR
------------------------------	--------------

Die Mittel sind etatisiert	ja
----------------------------	----

14. Einbringung Haushalt 2024
a) Rede des Bürgermeisters
b) Rede des Kämmerers

Die Haushaltsreden von Herrn Bürgermeister Krützen und Herrn Stadtkämmerer Möller sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Haushaltsreden von Herrn Bürgermeister Krützen und Herrn Stadtkämmerer Möller zur Kenntnis.

15. Beratungspunkte Ausschüsse

15.1. Entscheidung über Beratungspunkte aus der Sitzung des Ausschusses für Planung und Mobilität

BM Krützen gibt den Hinweis, dass alle Verfahrensunterlagen und Pläne vorliegen und seitens des Rates eingesehen werden können.

15.1.1. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. G 235 "Zwischen Gerberstraße und Erft" – Ortsteil Stadtmitte

hier:

- a) Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweise**
- b) Abwägung der im Rahmen der Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweise**
- c) Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 BauGB**

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Zu a)

Der Rat nimmt das Ergebnis der gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführten frühzeitigen Beteiligungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. G 235 zur Kenntnis und beschließt den Abwägungsempfehlungen der Verwaltung, wie in der beigefügten Anlage 05 dargestellt, zu folgen.

Zu b)

Der Rat nimmt das Ergebnis der gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführten Beteiligungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. G 235 zur Kenntnis und beschließt den Abwägungsempfehlungen der Verwaltung, wie in der beigefügten Anlage 06 dargestellt, zu folgen.

Zu c)

Der Rat beschließt gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) den Bebauungsplan Nr. G 235 „Zwischen Gerberstraße und Erft“ – Ortsteil Stadtmitte – als Satzung. Der Rat beschließt die Begründung dem Bebauungsplan Nr. G 235 beizufügen.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen:	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen:	nein

15.1.2. Handlungsprogramm "Nachhaltige Stadtplanung"

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 29 Nein 16

1. Der Rat nimmt das Handlungsprogramm „Nachhaltige Stadtplanung“ mit den allgemeinen Ausführungen zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt dieses Handlungsprogramm regelmäßig, z.B. auf der Grundlage von Gesetzesnovellen, aktueller Rechtsprechung oder sich weiter entwickelten Bedarfen fortzuschreiben und aktuell zu halten.
Das Handlungsprogramm ist bei der Bauleitplanung in Grevenbroich anzuwenden. Die Regelungen gelten ab sofort für alle künftig einzuleitenden (Aufstellungsbeschluss) und derzeit laufenden Bebauungsplanverfahren, die nicht schon den Planungsstand eines Beschlusses zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch erreicht haben.
2. Der Rat beschließt die in der Anlage 1 (Festsetzungen im Bebauungsplan) und Anlage 2 (Regelungen im städtebaulichen Vertrag) enthaltenden Kriterien einer nachhaltigen, klimaschützenden Stadtplanung, die durch private und städtische Entwickler/Investoren/Bauherren im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten sind.
3. Der Rat beschließt, dass beantragte Ausnahmen von den geforderten Kriterien der Anlagen 1 und 2 in den jeweiligen Einzelfällen erläutert, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sind.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen:	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen:	nein

15.2. Entscheidung über Beratungspunkte aus dem Schulausschuss

15.2.1. Namensgebung der 3. Gesamtschule Grevenbroich

Rf Schmidt-Härten fragt nach, was die Schulgemeinschaft ist.

BM Krützen erläutert, dass die Schulkonferenz gemeint ist, bestehend aus Lehrern, Eltern und Schülern.

Rf Schmidt-Härten empfindet die Namensgebung als un kreativ und uninspiriert und würde eine Benennung nach Menschen entsprechend der Namensgebung bei den anderen beiden Gesamtschulen bevorzugen.

BM Krützen betont noch einmal, dass die Namensgebung dem Wunsch der Schulkonferenz entspricht.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 44 Nein 1

Der Rat nimmt die Empfehlung des Schulausschusses zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Gesamtschule III – Gesamtschule der Stadt Grevenbroich – erhält nach § 6 Abs. 6 Schulgesetz NRW auf Antrag der Schulkonferenz vom 31.08.2023 folgende neue Bezeichnung:

**3. Gesamtschule Grevenbroich
Gesamtschule der Stadt Grevenbroich
Bergheimer Straße 49-51
41515 Grevenbroich**

2. Die Namensänderung erfolgt zum 01.02.2024.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen:	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen:	nein

15.3. Entscheidung über Beratungspunkte aus dem Betriebsausschuss Abwasseranlagen

15.3.1. Neuberechnung der Entwässerungsgebühren 2021 für die form- und fristgerecht erhobenen Widersprüche

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt für die gegen die Entwässerungsgebühren 2021 form- und fristgerecht erhobenen Widersprüche die beigefügte Gebühren Neuberechnung.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	ja
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	ja

In den Haushalten der folgenden Jahre:

20254	
Finanzierungsbedarf Maßnahme	18.909,86 EUR

Die Mittel sind etatisiert:	ja
-----------------------------	----

Finanzierungsvorschlag und ggfls. weitere Erläuterungen:

Aufgrund des Urteils des OVG besteht eine Verpflichtung zur Erstattung.

15.3.2. Neuberechnung der Gebühr 2022 für die form- und fristgerecht erhobenen Widersprüche

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt für die gegen die Entwässerungsgebühren 2022 form- und fristgerecht erhobenen Widersprüche die beigefügte Gebührenneuberechnung.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	ja
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

In den Haushalten der folgenden Jahre:

20254	
Finanzierungsbedarf Maßnahme	205,25 EUR

Die Mittel sind etatisiert	ja
----------------------------	----

Finanzierungsvorschlag und ggfls. weitere Erläuterungen:

Aufgrund des Urteils des OVG besteht eine Verpflichtung zur Rückzahlung.

15.3.3. Abwassergebührenkalkulation 2024

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat beschließt:

1. die Abwassergebührenkalkulation 2024
2. die 24. Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Grevenbroich vom 05.12.1996

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	ja
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

Finanzierungsvorschlag und ggfls. weitere Erläuterungen:

Die Gebührenkalkulation beeinflusst die Möglichkeit einer Gewinnabführung in Folgejahren. Die Bemessung der Gebührensätze nach dem zur Verfügung stehenden Rahmen des Kommunalabgabengesetzes ist zwingend erforderlich.

15.3.4. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasseranlagen für das Jahr 2024

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 44 Enthaltung 1

Der Rat beschließt den beigefügten Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasseranlagen 2024. Dieser sieht u.a. eine Kreditaufnahme in 2024 in Höhe von 5.635.000 € zur Finanzierung des Kanalbauprogramms 2024 vor.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen	nein

15.4. Entscheidung über Beratungspunkte aus dem Jugendhilfeausschuss

15.4.1. Kitabedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat stimmt der vorgelegten Kitabedarfsplanung 2024/2025 zu.

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Bei Einzahlungen/Erträgen:	nein
Bei Auszahlungen/Aufwendungen:	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen:	nein

16. Beantwortung Anträge und Anfragen aus den letzten Sitzungen

16.1. "Runder Tisch Hülchrath" zur Ermöglichung gesellschaftlichen Lebens im historisch bedeutsamen Ort Hülchrath einrichten (Antrag Nr.: 68/2023)

Der 2. stellv. BM Dr. Cremerius dankt der Verwaltung für das schnelle und konstruktive Aufgreifen der Thematik und verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass insbesondere zusammen mit der unteren Denkmalbehörde eine praktikable Lösung gefunden wird, damit das Sebastianus-Haus wieder nutzbar wird.

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

16.2. Mehr Kontrolle und Sensibilisierung der Bevölkerung in Hülchrath erforderlich (Antrag Nr.:67/2023) hier: Beantwortung

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

16.3. Sicherstellung der zukünftigen Kirmessen in den kleineren Stadtteilen (Antrag Nr.: 69/2023)

Der 2. stellv. BM Dr. Cremerius dankt der Verwaltung für die schnelle und ausführliche Beantwortung der Fragen. Das mühsam erstellte Papier soll nicht in einer Schublade verschwinden. Die Daten werden analysiert, um festzustellen, wie man zu Lösungsvorschlägen kommt.

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

16.4. Fraktionsvorsitz als Doppelspitze (Anfrage Nr.:63/2023)

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

16.5. Digitale Anzeigen an Bushaltestellen (Antrag Nr.: 71/2023)

Rh Kaiser gibt den Hinweis, dass man darauf achten möge, ob es sich um eine Beschlussvorlage oder eine Informationsvorlage handelt.

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

17. Schriftliche Anträge

17.1. Anträge der SPD-Fraktion liegen nicht vor.

17.2. Anträge der CDU-Fraktion liegen nicht vor.

17.3. Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17.3.1. Klimaschutzpreis (Antrag Nr.:84/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

17.3.2. Glasfaserverkabelung (Antrag Nr.:85/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

17.3.3. Umbesetzung (Antrag Nr.:86/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich beschließt die vorgeschlagenen Ausschussumbesetzungen.

17.4. Anträge der FDP-Fraktion

17.4.1. NRW-Europa-Scheck Mittel in und für Grevenbroich nutzen (Antrag Nr.:81/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

17.4.2. Hebräische Erweiterung der Beschilderung des Synagogenplatzes in der Stadtmitte (Antrag Nr.:82/2023)

Der 2. stellv. BM Dr. Cremerius führt aus, dass mit der Ergänzung der Beschilderung in eindrucksvoller Weise demonstriert werden soll, dass das jüdische Leben in Grevenbroich schon lange vor der Nazizeit seinen Bestand hatte und heute noch hat und dass an dieser Stelle auch mal eine Synagoge stand. Damit soll zugleich die Solidarität mit allen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie allen Menschen im Staat Israel bekundet werden.

Rh Grevel gibt einen Hinweis zur Begrifflichkeit "Reichskristallnacht", der auf dem bereits vorhandenen Schild zu finden ist und den er für einen Propagandabegriff hielt, der vermeintlich verharmlosend sein könnte. Er konnte allerdings zwischenzeitlich recherchieren, dass die Verwendung dieses Begriffes in Ordnung ist, regt aber an, ein ergänzendes Schild anzubringen, dem zu entnehmen ist, was mit dem Begriff "Reichskristallnacht" verbunden ist.

Der 2. stellv. BM Dr. Cremerius ergänzt, dass die Bitte einer schnellen Umsetzung durchaus beinhaltet, dass die verwendeten Texte dem Rat vorab zur Kenntnis gegeben werden und dass man im Hinblick auf die Ausführung des Rh Grevel hinterfragt, wie das Verständnis zu den Begrifflichkeiten in der israelischen Sprache ist.

Rf Schmidt-Härten ist grundsätzlich mit dem Antrag einverstanden, findet aber den Zeitpunkt problematisch, da es als eine Stellungnahme zum Kriegsgeschehen verstanden werden könnte.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 44 Enthaltung 1

Der Rat der Stadt Grevenbroich beauftragt die Verwaltung, die Beschilderung am Synagogenplatz in der Stadtmitte um ergänzende Beschilderung in hebräischer Schrift zu erweitern. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, dies zeitnah umzusetzen und die Mitglieder des Rates darüber zu informieren.

17.5. Anträge der Fraktion Mein Grevenbroich liegen nicht vor.

17.6. Anträge der UWG-Fraktion liegen nicht vor.

18. Gemeinschaftsanträge

18.1. Wahl eines Behindertenbeauftragten (Antrag Nr.:88/2023)

Rf Schmidt-Härten weist darauf hin dass es im Dezember 2020 Konsens gewesen sei, dass das Amt nicht politisch mit einem Stadtrat besetzt wird. Hinsichtlich der Begründung sei sie fassungslos, in der ausgeführt wird, dass die Stadt das Auswahlverfahren in drei Jahren nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht hat und dass ein erneutes Auswahlverfahren zu viel Zeit in Anspruch nimmt.

Rf Penz sieht es als gutes und zugleich unpolitisches Zeichen, wenn alle Fraktionen gemeinsam eine Person vorschlagen und für sie ist es sogar ein Vorteil, wenn es sich dabei um einen Stadtrat handelt, der dann unmittelbar berichten kann. Sie hat vollstes Vertrauen in Herrn Rogel.

Rh Rogel bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er sieht das Amt nicht als parteipolitisches. Er möchte Ansprechpartner sein für Personen, die Probleme haben. Als langjähriger Betriebsrat und Schwerbehindertenvertreter ist er mit der Problematik vertraut. Der an ihn herangetragen Bitte, das Amt zu übernehmen, kommt er gerne nach.

BM Krützen betont, dass Walter Rogel sich immer engagiert für Menschen eingesetzt hat und dass er das Amt positiv ausfüllen wird. Er freut sich auf die Zusammenarbeit.

Rh Welskop weist auf seine Bewerbung als Behindertenbeauftragten hin.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen: Ja 42 Nein 1 Enthaltung 2

1.) Der Rat der Stadt Grevenbroich hebt den in der Ratssitzung am 10.12.2020 unter TOP 20 "Bestellung von Beauftragten nach § 27 a G O NRW für die Interessen von Senioren und von Menschen mit Behinderung" hinsichtlich der Bestellung des/der Behindertenbeauftragten auf.

2.) Der Rat bestellt gemäß § 27 a GO NRW i.V.m. § 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Grevenbroich vom 30.03.2006 für die Dauer der laufenden Wahlperiode des Stadtrates Herrn Walter Rogel zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten.

18.2. Planungswerkstatt- neue Perspektiven für Grevenbroich (Antrag Nr.:89/2023)

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich zieht den Antrag an sich und verweist ihn an die Verwaltung.

19. Schriftliche Anfragen

19.1. Anfragen der SPD-Fraktion liegen nicht vor.

19.2. Anfragen der CDU-Fraktion liegen nicht vor.

19.3. Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegen nicht vor.

19.4. Anfragen der FDP-Fraktion

19.4.1. Sachstand zur möglichen Zusammenführung der Feuerwehrstandorte Neukirchen und Hülchrath/Münchrath (Anfrage Nr.:83/2023)

Beschluss: Kenntnisnahme

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

19.5. Anfragen der Fraktion Mein Grevenbroich liegen nicht vor.

19.6. Anfragen der UWG-Fraktion liegen nicht vor.

19.7. Anfragen Einzelratsmitglieder

19.7.1. Aufnahme von Geflüchteten (Anfrage Nr.:87/2023)

Beschluss: Kenntnisnahme

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

20. Mitteilungen des Bürgermeisters

Rf Suermann-Ignè erläutert, dass die Tagesordnung erweitert wurde, um die vor zwei Jahren beschlossene Resolution zum Erhalt des Elisabeth-Krankenhauses heute noch mal zu bekräftigen.

Die Resolution "Sicherheit und Perspektive für das Krankenhaus in Grevenbroich" ist den Unterlagen dieser Ratssitzung in der Anlage beigelegt.

BM Krützen teilt mit, dass sich die Deutsche Konsum REIT-AG als Besitzerin von Immobilien in Grevenbroich (Montanushof / Coens-Galerie) in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Als sich dies im Sommer abzeichnete, hat die Stadt unmittelbar Kontakt aufgenommen. Der letzte Kontakt hat vor zwei Wochen stattgefunden. Dabei wurde zugesichert, dass die beiden Immobilien in Grevenbroich nicht zur Debatte stehen. Die Deutsche Konsum REIT-AG wurde ausdrücklich gebeten, insbesondere im Hinblick auf die städtischen Planungen in der Coens-Galerie unmittelbar Hinweise zu geben, falls sich an der Situation etwas ändert. Entsprechende Informationen würden im Rat selbstverständlich ebenfalls unmittelbar zur Kenntnis gegeben.

Beschluss: einstimmig beschlossen: Ja 45

Der Rat der Stadt Grevenbroich bekräftigt nochmals die in der Sitzung des Hauptausschusses vom 04.02.2021 beschlossene Resolution "Sicherheit und Perspektive für das Krankenhaus in Grevenbroich".

BM Krützen schließt den öffentlichen Teil der Ratssitzung um 20.45 Uhr.

Klaus Krützen
Bürgermeister

Sascha Voigt
stv. Schriftführer